



Deutsche Umwelthilfe



GREENPEACE



Friedrich Merz MdB, Carsten Linnemann MdB  
Dr. Markus Söder MdL, Alexander Dobrindt MdB  
Saskia Esken MdB, Lars Klingbeil MdB, Dr. Matthias Miersch MdB

## **Offener Brief an die Verhandlerinnen und Verhandler von CDU/CSU und SPD: Lebendige Demokratie braucht Transparenz und Beteiligung!**

Berlin, 03.04.2025

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit großer Irritation haben wir Forderungen aus den Arbeitsgruppen der Koalitionsverhandlungen zur Kenntnis genommen, wonach die Transparenz-, Beteiligungs- und Klagerechte künftig massiv eingeschränkt werden sollen. So sehen die Ergebnisprotokolle verschiedener Arbeitsgruppen vor, das Informationsfreiheitsgesetz abzuschaffen, das Umweltinformationsgesetz „zu verschlanken“ und die Verbandsklagerechte deutlich einzuschränken.

Dies ist ein beispielloser Vorstoß, der die Grundlagen bürgerschaftlichen Engagements als zentrale Säule eines modernen und demokratischen Rechtsstaates in Frage stellt. Eine lebendige Demokratie setzt Transparenz, Beteiligung und gerichtliche Kontrolle voraus. Gesellschaftlicher Fortschritt und soziale Innovationen lassen sich oftmals nur im konstruktiv-kritischen Austausch zwischen Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik erzielen.

Das Informationsfreiheitsgesetz (IFG) sichert seit fast 20 Jahren das Recht auf Zugang zu amtlichen Informationen und ist zu einem wichtigen Bestandteil unserer Demokratie geworden. Das Gesetz ermöglicht es, staatliche Entscheidungsprozesse nachzuvollziehen und zu überprüfen, wodurch das Vertrauen in die Demokratie gestärkt sowie eine demokratische Meinungs- und Willensbildung sichergestellt wird. Eine Abschaffung des IFG würde daher auch eine Schwächung der Demokratie darstellen und wäre ein fatales Signal an die Bürgerinnen und Bürger.

Bezogen auf Umweltinformationen hat eine umfassende Evaluation zum Umweltinformationsgesetz (UIG) gezeigt, dass auch der Zugang zu Umweltinformationen bislang maß- und verantwortungsvoll seitens der Antragstellenden genutzt wurde (siehe [hier](#)). Wenn es Hinweise gibt, dass informationspflichtige Stellen und bestimmte Behörden deutlich zu stark oder missbräuchlich angefragt werden, gibt es hierzu bereits eine Missbrauchsklausel, die Behörden schützt.

Anstatt über eine Einschränkung oder Abschaffung dieser essenziellen Rechte zu diskutieren, wäre es wichtig und überfällig, das zersplitterte und bürokratische Transparenzrecht in den Bereichen Informationsfreiheitsrecht, Verbraucherinformationsrecht und Umweltinformationsrecht zu vereinheitlichen. Hierfür sollten ein in Bund und Ländern einheitliches UIG (wie dies bis 2004 in Deutschland der Fall war) geschaffen oder alle Transparenzregelungen in einem einheitlichen Transparenzgesetz normiert werden.

Mit Blick auf die Diskussion um eine deutliche Einschränkung der Verbandsklagerechte möchten wir darüber hinaus betonen, dass die Zahl der Klagen infolge der Anpassung der Klagerechte durch das Umweltrechtsbehelfsgesetz keineswegs angestiegen ist (aktuelle Untersuchung siehe [hier](#)). Nach wie vor machen Privatklagen den weit überwiegenden Teil des Klagegeschehens aus. Im Bereich der Infrastrukturvorhaben sind die Verbandsklagen sogar zurückgegangen. Gerade die Umweltverbände setzen ihr Klagerecht maßvoll ein und leisten damit einen unverzichtbaren Beitrag zur Behebung der Vollzugsdefizite im Umweltrecht. Das Verbandsklagerecht ist ferner völkerrechtlich und europarechtlich unmissverständlich abgesichert. Ein Versuch, die Verbandsklagerechte zu reduzieren, würde daher erhebliche Rechtsunsicherheiten schaffen.

Sehr geehrte Damen und Herren, Demokratie braucht breite Räume für bürgerschaftliches Engagement außerhalb von Parteien. Dieses Engagement trägt zur Befähigung des Einzelnen bei, stärkt das Vertrauen in die Institutionen und in das demokratische Gemeinwesen. Wir appellieren an Sie, in den laufenden Koalitionsverhandlungen die hierfür nötigen rechtlichen Rahmenbedingungen zu erhalten und einer Einschränkung der Transparenz-, Beteiligungs- und Klagerechte eine klare Absage zu erteilen.

Mit freundlichen Grüßen

**Olaf Bandt**  
Vorsitzender  
BUND

**Prof. Dr. Kai Niebert**  
Präsident  
DNR

**Sascha Müller-Kraenner**  
Bundesgeschäftsführer  
DUH

**Christoph Bals**  
Polit. Geschäftsführer  
Germanwatch

**Thomas Schröder**  
Präsident  
Dt. Tierschutzbund

**Martin Kaiser**  
Geschäftsführ. Vorstand  
Greenpeace

**Jörg-Andreas Krüger**  
Präsident  
NABU

**Heike Vesper**  
Vorständin  
WWF